

Medieninformation des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Berlin, 26. Juli 2022 – Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWK hat heute einen Brief an Bundesminister Dr. Robert Habeck zur Ukraine-Krise veröffentlicht.

**„Mit marktwirtschaftlichen Methoden auf eine mögliche Rationierung
vorbereiten“**

**Beirat des BMWK stellt Brief an Bundesminister Dr. Habeck zum Umgang mit
den Auswirkungen der Ukraine-Krise vor.**

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erfordert weitreichende Entscheidungen zum Umgang mit der Gasknappheit und der deutlich zunehmenden Inflation, aber auch zur Integration der Geflüchteten aus der Ukraine und den Vorbereitungen für den Wiederaufbau. Der Beirat hat seine Empfehlungen zu diesen Themen in einem Brief an den Minister zusammengefasst.

„Der effektivste und effizienteste Rationierungsmechanismus ist der Preismechanismus“ sagt Prof. Dr. Klaus M. Schmidt (LMU München), der Vorsitzende des Beirats. Darum ist es von zentraler Bedeutung, den Preismechanismus stärker zu nutzen und möglichst lange wirken zu lassen, bevor es zu einer staatlichen Rationierung kommt. Haushalte sollten (sozialverträglich) mit erhöhten Preisen konfrontiert werden um Anreize zum Gassparen zu bekommen. So könnten sie einen bestimmten Teil ihres Vorjahresverbrauchs zu moderaten Preisen erhalten. Wenn Sie mehr verbrauchen, müssen sie einen deutlichen Aufschlag zahlen, wenn sie weniger verbrauchen, werden sie in gleicher Höhe entlastet. Auch nicht monetäre Anreize und Informationskampagnen können wichtige Beiträge leisten. Für die Unternehmen sollten, wie die Bundesregierung plant, zusätzliche Auktionen angeboten werden, in denen Industrieunternehmen anbieten, auf einen Teil ihres Gasbezugs zu verzichten.

Die Versorgungssicherheit ist ein öffentliches Gut, das nicht allein dem Markt überlassen werden kann. Deutschland sollte mit seinen Nachbarstaaten Verträge abschließen, die verhindern, dass bei einer weiteren Verschärfung der Gaskrise die Märkte national abgeschottet werden. „Wenn Russland die Gaslieferungen völlig

einstellt, steht Europa vor einer enormen Belastungsprobe“ sagt Prof. Dr. Achim Wambach, Präsident des ZEW. Zu Beginn der Corona-Krise haben zahlreiche Länder, darunter auch Deutschland, den Export von Schutzmasken in andere EU-Staaten verboten. Das darf sich nicht wiederholen.

Die stark angestiegene Inflation ist durch den Energiepreisschock und die Lieferkettenprobleme verursacht. Wenn sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht an das verringerte Angebot anpasst, wird die Inflation weiter angeheizt. Darum sollte die Fiskalpolitik mit zusätzlichen Ausgabenprogrammen zurückhaltend sein und, falls höhere Preise zu Forderungen nach weitergehenden Maßnahmen führen, nicht alle Einkommensverluste kompensieren, sondern auf einkommensschwache Haushalte fokussieren.

Seit Februar sind mehr als 730.000 Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Viele stellen sich auf einen längeren Aufenthalt in Deutschland ein. Die Bundesregierung sollte keine Anstrengungen scheuen, den Geflüchteten zügig umfassende Integrationsangebote zu machen. Das gilt insbesondere für die Integration der Kinder- und Jugendlichen und die beschleunigte Anerkennung von beruflichen Abschlüssen. Auch für exilwillige Russ:innen könnten die Zuwanderungshürden gesenkt werden.

Es wird jetzt schon mit der Planung des Wiederaufbaus der Ukraine begonnen. Der EU kommt eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Aufbauhilfen zu. Seit 2014 hat die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine spürbare Fortschritte gemacht, aber Korruption und instabile staatliche Institutionen gelten nach wie vor als wichtige Hemmnisse für Investitionen. Darum ist die Governance des Wiederaufbaus besonders wichtig. Die internationalen Finanzinstitutionen haben dazu umfangreiche Erfahrungen, die die EU nutzen kann. Kurzfristig ist vor allem eine zügige Budgethilfe für das Überleben der Ukraine wichtig.